

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Annoncen-Abteilung entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis: 10 Pf. — Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Das Anzeigenblatt des Erzgebirges ist ein Anzeiger für das Erzgebirge, das die Anzeigen der Annoncen-Abteilung entgegennimmt. — Erscheint werktäglich. — Preis: 10 Pf. — Anschlag Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 229

Donnerstag, den 1. Oktober 1925

20. Jahrgang

Die deutsche Note und die französische und englische Antwort.

Berlin, 29. Sept. (Amtl.) Die Antwort der Reichsregierung auf die von der französischen, englischen und belgischen Regierung ausgegangene Einladung zu der Ministerzusammenkunft ist am Sonnabend, den 28. September, in Paris, London und Brüssel überreicht worden und hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung beehrt sich, auf die von (folgen die Namen der alliierten Kommissionschefs) überreichte Note zu erwidern, da sie den Wunsch der alliierten Regierungen, die Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitspactes nicht in die Länge zu ziehen, durchaus teilt. Sie erhofft auch ihrerseits von einem Zusammentreffen der Regierungsmitglieder der beteiligten Länder eine beschleunigte Lösung der zur Erörterung stehenden Probleme und stimmt daher gemäß ihrer Note vom 27. August dem Vorschlag zu, diese Zusammenkunft alsbald stattfinden zu lassen. Als Zeitpunkt für die in der Schweiz geplanten Zusammenkunft schlägt sie den 5. Oktober vor. Mit der vorstehenden Antwort haben die deutschen Missionen mündliche und durch Ueberreichung eines gleichlautenden Memorandums folgende Erklärung abgegeben. In dem Moment, wo die Minister der beteiligten Mächte im Begriff sind, zu wichtigen Besprechungen über die Befestigung des Friedens zwischen ihren Ländern zusammenzutreffen, hält die deutsche Regierung es für notwendig, der pp. Regierung in aller Offenheit ihren Standpunkt in zwei Fragen bekanntzugeben, die mit dem Zwecke jener Besprechungen aufs engste verbunden sind. Die alliierten Regierungen haben in dem vorausgegangenen Notenwechsel den Abschluß eines Sicherheitspactes vom dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht. Die deutsche Regierung hat der Verbindung der beiden Probleme nicht widersprochen, sieht sich dadurch aber vor die Notwendigkeit gestellt, auf einen Punkt zurückzukommen, den sie im Zusammenhang mit der Völkerbundsfrage gegenüber der im Völkerbundsrat vertretenen Regierungen bereits in einem Memorandum vom 24. September 1924 zur Sprache gebracht hat. Sie wiederholt aus diesem Memorandum die Erklärung, daß der etwaige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht zu verstanden werden darf, als ob damit die zur Begründung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands aufgestellten Behauptungen anerkannt würden, die eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließen. Sie glaubt, daß die in diesem Sinne am 29. August 1924 von der damaligen deutschen Regierung erlassene öffentliche Kundgebung dem Ziele der Verständigung und einer aufrichtigen Versöhnung der Völker dient und macht sich ihrerseits diese Kundgebung ausdrücklich in dem Wunsche zu eigen, dadurch den Zustand gegenseitiger Achtung und innerer Gleichberechtigung herzustellen, der die Voraussetzung für einen Erfolg der jetzt in Aussicht genommenen vertrauensvollen Aussprache bildet. Das angestrebte Ziel der Verständigung und Versöhnung würde ferner beeinträchtigt werden, wenn es nicht gelänge, vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und vor dem Abschluß des Sicherheitspactes einen Streit aus der Welt zu schaffen, der jetzt noch trennend zwischen Deutschland und den alliierten Ländern steht, das ist die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und die endgültige Vereinigung der deutschen Entwaffnungsfrage. Solange der gegenwärtige vom deutschen Volk als unrecht empfundene Zustand der Verlängerung der Besetzung eines großen deutschen Gebietes fortbauert, kann das Vertrauen auf friedliche Entwicklung, von dem die Wirksamkeit der in Aussicht genommenen internationalen Vereinbarungen abhängt, nicht wieder hergestellt werden. Die Reichsregierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die pp. Regierung diese Mitteilungen in dem gleichen Geiste der Loyalität annimmt, aus dem sie entspringen sind, und daß sie in ihnen den aufrichtigen Willen erkennt, für das Zu-

standekommen des jetzt in Angriff zu nehmenden großen Friedenswerkes den Weg zu ebnen.

Die italienische Regierung hat am gleichen Tage Abschriften der deutschen Einladung sowie des vorstehenden Memorandums erhalten. Von der französischen und der englischen Regierung sind hierauf den deutschen Botschaftern in Paris und London heute nachstehende Antworten zugegangen:

Die Regierung der Republik hat mit Befriedigung die Antwort erhalten, womit ihr die deutsche Regierung die Zustimmung zum Zusammentritt der Konferenz von Locarno mitgeteilt hat. Sie nimmt Vermerk davon, daß diese Zustimmung keinen Vorbehalt enthält. Die gleichzeitig vom deutschen Botschafter überreichte mündliche Erklärung bezieht sich auf zwei Fragen, die in keiner Weise mit den Verhandlungen von Locarno vermischt werden können, da sie in keiner Beziehung zu der Erörterung des Sicherheitspactes stehen. Was die erste dieser Bemerkungen anlangt, so ist die französische Regierung der Ansicht, daß die Frage durch den Vertrag von Versailles geregelt worden ist, an dem, wie die französische Regierung in ihren Notizen klar zum Ausdruck gebracht hat, die Verhandlungen über den Sicherheitspact keine Veränderung vornehmen kann. Was die Räumung der Kölner Zone und die damit in Zusammenhang stehende Frage der Abrüstung Deutschlands betrifft, so erinnert die französische Regierung daran, daß es nur von Deutschland selbst abhängt, ihre Vereinigung durch die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu beschleunigen. Die französische Regierung kann sich in dieser Hinsicht nur auf die alliierte Note vom 30. Mai 1925 beziehen. Die französische Regierung nimmt Vermerk davon, daß die deutsche Regierung mit ihr darüber einverstanden ist, daß die in dem deutschen Memorandum niedergelegten mündlichen Bemerkungen nicht so anzusehen sind, als ob sie zu Bedingungen oder Vorbehalten für die Konferenz führten. Paris, den 29. September 1925.

Foreign Office, den 29. September 1925. Ev. Gg. I. Sr. M. Regierung hat mit Befriedigung die Erklärung entgegengenommen, wonach die Reichsregierung zu einer am 5. Oktober beginnenden Konferenz in Locarno angenommen hat. Sr. M. Regierung stellt mit Genugtuung fest, daß die Annahme ohne Vorbehalt erfolgt. In Beantwortung der gleichzeitig von Ev. Gg. abgegebenen Erklärung, worin ich mich von der Versicherung Ev. Gg. Vermerk zu nehmen, daß die darin aufgeworfenen Fragen keine Vorbedingungen für eine Zusammenkunft der Außenminister bilden. In der Tat stehen diese Fragen in keinem Zusammenhang mit den Verhandlungen über einen Sicherheitspact und haben keinen Teil des vorbereitenden Meinungsaustausches gebildet. Hinsichtlich des Teiles der Erklärung, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund betrifft, stellt Sr. M. Regierung mit Befriedigung fest, daß die deutsche Regierung keine Einwendung gegen diese wesentliche Bedingung jedes Gegenseitigkeitspactes erhebt. Die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg wird durch den geplanten Pakt nicht aufgeworfen und Sr. M. Regierung vermag nicht zu erkennen, warum die deutsche Regierung es für angebracht gehalten hat, sie in diesem Augenblick aufzuwerfen. Sr. M. Regierung muß bemerken, daß die Verhandlung über den Sicherheitspact den Vertrag von Versailles und ihr Urteil über die Vergangenheit nicht zu ändern vermag. Hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone beehrt ich mich zu wiederholen, daß der Zeitpunkt von der Erfüllung der deutschen Abrüstungsverpflichtungen abhängt und daß Sr. M. Regierung die Erfüllung dieser Verpflichtungen begünstigen wird, weil sie den Alliierten die alsbaldige Räumung der nördlichen Zone ermöglichen wird. Mit dem Ausdruck der ausgezeichneten Hochachtung usw. (für den Staatssekretär) Victor Wellesly.

Zu der Besprechung des Reichskanzlers mit dem Reichsvorstand der Deutschen Industrie

Berlin, 29. Sept. Zu der von dem Deutschen Handelsdienst am 29. September veröffentlichten Mitteilung über eine Besprechung des Reichskanzlers mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie wird von zuständiger Stelle der Reichsregierung wie auch vom Reichsverband der Deutschen Industrie erklärt, daß die Mitteilung den Inhalt der Besprechung unrichtig und irreführend wiedergibt. Es ist insbesondere selbstverständlich freie Erfindung, daß das Reichswirtschaftsministerium weitere Schritte in der Kartellfrage nur noch in Verbindung mit den maßgebenden Stellen der Industrie tun werde.

Rücktritt des Marshall Lyauteys.

Paris, 29. Sept. Der Ministerrat hat sein Bedauern über den Beschluß Lyauteys zum Ausdruck gebracht, jedoch die Gründe, die der Marschall in seinem Rücktrittsgesuch angegeben hat, anerkannt. Der Ministerrat beschloß, den Rücktritt des Marschalls anzunehmen und sprach ihm bei dieser Gelegenheit den Dank des Landes für seine in Marokko geleisteten Dienste aus. Ministerpräsident Painlevé hat erklärt, daß der Nachfolger des Marschalls Lyautey erst später ernannt werden würde.

Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei. Der diesjährige Reichsparteitag wird vom 2. bis 4. Dezember in Breslau abgehalten.

Paktkonferenz in Locarno.

Paris, 29. Sept. Nach dem heutigen Ministerrat teilte Briand den Pressevertretern mit, es sei jetzt sicher, daß die Ministerkonferenz in Locarno stattfinden werde; er selbst werde am Sonnabend abreisen. Das amtliche Communiqué erwähnt die Auseinandersetzungen, die seit Sonnabend zwischen Berlin und den Entente-Mächten erfolgt, mit keinem Wort. Es wird nur zum Schluß gesagt, Briand habe im Ministerrat dargelegt, „unter welchen Umständen die Genfer Völkerbundtagung zum Abschluß gelangte und die Sicherheitspaktkonferenz der Außenminister in Locarno beginnt“.

Genf, 29. Sept. Die schweizerische Telegraphen- und Telefonverwaltung ist ebenso wie die Verwaltung der schweizerischen Bundesbahnen bereits mit der Vorbereitung der Konferenz in Locarno beschäftigt. Es werden von Locarno aus zwölf direkte Telefonleitungen bis Paris, Basel, Frankfurt, Berlin usw. neu eingerichtet, und es sind bereits Sprechversuche unternommen worden, die befriedigend ausgefallen sein sollen. In die hauptsächlich in Betracht kommenden Eisenbahnzüge sollen ab Sonntag direkte Wagen von Basel über Buchs, Punttrut nach Locarno eingestellt werden und die bisherigen Schlafwagen Dortmund-Frankfurt/W.-Mailand sollen während der Dauer der Konferenz nach Locarno geführt werden.

Ein Memorandum Briands.

Paris, 29. Sept. Der deutsche Botschafter v. Dösch hatte heute vormittag und nachmittags Unterredungen mit dem französischen Minister für auswärtige Angelegenheiten Briand, die sich auf die bevorstehende Ministerzusammenkunft bezogen. Briand hat dem deutschen Botschafter ein Memorandum überreicht, das eine Antwort auf Erklärungen enthält, die vom deutschen Botschafter im Namen der Reichsregierung abgegeben worden waren. Das betreffende Schriftstück wird voraussichtlich noch heute abend zur Veröffentlichung gelangen.

Konferenz und Kriegsschuldfrage.

Paris, 29. Sept. „Deubre“ beschäftigt sich mit dem Schritt, den die deutschen Botschafter in London und Paris unternommen haben, um die Annahme der Einladung zur Sicherheitskonferenz bekanntzugeben. Das Blatt vermutet, daß Stresemann, so sehr er auch wünschen möge, die Nationalisten zu beruhigen, eine Konferenz durch

Ausrufen der Kriegsschuldfrage nicht in Frage stellen wolle, eine Konferenz, von der er einen glücklichen Ausgang erwarnt. Man könne ihn nur dazu beglückwünschen. Im übrigen sollte man aber die Bedeutung einer derartigen Erklärung nicht übertreiben. Die Alliierten könnten sie anhören, ohne darauf zu antworten, oder es würde genügen, wenn sie antworteten, man nehme davon Kenntnis und werde sie erörtern, wenn Zeit dazu sei. Aber alsdann müsse erklärt werden, daß die anderen Klauseln des Friedensvertrages von Versailles nicht durch den Widerruf der deutschen Kriegsverantwortlichkeit erschüttert würden. Habe man doch ziemlich ungeschickt dem Friedensvertrage durch die alleinige Kriegsverantwortlichkeit Deutschlands die juristische und moralische Basis gegeben. Man hätte sicher eine andere Basis finden können, die weniger Anlaß zu Auseinandersetzungen gegeben hätte.

Washington, 29. Sept. Der amerikanische außenpolitische Publizist Frank D. Simonds führt in einem Artikel über die Kriegsschuldfrage aus, daß

Deutschland für den Krieg zwar verantwortlich, aber nicht moralisch daran schuld sei. Die Verantwortlichkeit Deutschlands erblickt Simonds darin, daß die deutschen militärischen Faktoren in der russischen Wobilmachung unberechtigterweise den de facto Kriegsausbruch erblickt und, um den Schlieffenschen Plan nicht zu gefährden, die sofortige Kriegserklärung an Rußland durchgesetzt hätten. Das sei ein Irrtum gewesen, denn nach der Ansicht von Sachverständigen, auch Falkenhayns, hätte Deutschland ruhig noch einen oder zwei Tage warten können, ohne dadurch seine Sicherheit zu sehr aufs Spiel zu setzen.

Eine moralische Schuld am Kriegsausbruch treffe Deutschland dagegen nicht;

denn nicht nur der Reichskanzler und die Regierung hätten, wie jetzt einwandfrei feststehe, von Anfang an den Frieden erhalten wollen, sondern ihre Handlungsweise sei auch vom militärischen Standpunkte her verständlich, wenn man ihnen zugute hält, daß sie nach der erfolgten russischen Wobilmachung den Krieg schnell für unvermeidlich hielten. Auch die Behauptung, daß Deutschland für die Kriegsgeschäfte in dem Europa von 1914 allein verantwortlich sei, könne historischer Prüfung nicht mehr standhalten und sei eine offensichtliche